

Die Kooperation Nicaragua – Venezuela

Von Klaus Heß

Die aktuellen Proteste in Nicaragua werden in der Wahrnehmung gerne verkürzt auf eine Demokratiebewegung, die einen Regierungswechsel und demokratische Rechte gegenüber einer autokratischen Regierung einfordert. Schon lange allerdings steht auch das Wirtschaftsmodell in der Kritik:

- das Bündnis mit den Unternehmern, das zum subventionierten Ausbau von Monokulturen für Palmöl und Agrosprit auf Kosten von Umwelt und kleinbäuerlicher Landwirtschaft führt
- die Freihandelsabkommen CAFTA und AdA mit den USA und Europa zu Handelsbedingungen, mit denen die kleinen ProduzentInnen nicht konkurrieren können
- das immer noch ungekündigte Abkommen mit dem chinesischen Investor Wan Jin, das ihm das Recht gibt, zugeteilte Konzessionen zum Bau eines Kanals und anderer kommerzieller Projekte einfach weiterzuverkaufen. Das entsprechende rechtskräftige *Ley 840* bedroht die betroffenen BäuerInnen und Fischer mit Enteignung und Vertreibung.

Ein wesentlicher Baustein dieser Wirtschafts- und Sozialpolitik, der die ungleichen Eigentumsverhältnisse unangetastet lässt, den Unternehmern stabile Gewinne ermöglicht und der Regierungsfamilie neue Posten und Geschäftsmodelle eröffnet, ist ALBA: die spezifische Form der Kooperation mit Venezuela. Viele kritische Stimmen, besonders die Frauenorganisationen, aber auch die parteiunabhängigen Kommunalbewegungen, haben dieses Modell schon lange als paternalistisch, klientelistisch und zugleich herrschaftssichernd charakterisiert, weil es sich die Stimmen der Armen mit Sozialtransfers erkaufte, deren Quellen zudem nicht aus dem eigenen Land stammen.

Zwar hat dieses Kooperationsmodell wegen der Proteste und der Wirtschaftsschwierigkeiten Venezuelas an Bedeutung verloren; da es aber neue Strukturen geschaffen hat beziehungsweise seine Folgen

weiter in der Verschuldung und in der aktiven Anhängerschaft Ortegas wirkmächtig sind, ist der neben stehende Beitrag ALBA wichtig zum Verständnis der Wirtschaftsstrukturen und der Macht der derzeitigen Regierung, auch wenn manche Zahlen aktualisiert werden müssen. Die Zeitung Prensa (17. Mai 2019) spricht heute von drei bis sechs Milliarden US \$ abgewickelter Geldtransfers, von Briefkastenfirmen, Geldwäsche und Koppelgeschäften.

ALBA: solidarisch, nachhaltig und partizipativ?

Von Informationsbüro Nicaragua

Die Idee einer „antihegemonialen strategischen solidarischen Allianz“ wurde aus dem Widerstand gegen die kontinentalen Freihandelspläne der USA geboren und von Hugo Chavez im Dezember 2001 aufgegriffen. Unter dem Namen „La Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América – Tratado de Comercio de los Pueblos“ (ALBA) sollte eine Konföderation der lateinamerikanischen Staaten im Sinne Bolivars entstehen. Sie sollte die Süd-Süd-Kooperation zur sozialen und kulturellen Entwicklung und den gerechten Austausch auf Basis der wirtschaftlichen Komplementarität stärken.

Als erste Vorläuferorganisation wurde Petroamérica 2002 zur Integration der Energieunternehmen von elf lateinamerikanischen Staaten geschaffen. Dem 2004 gegründeten Staatenbündnis ALBA traten zuerst Cuba, Venezuela und Bolivien, später auch Nicaragua, Honduras, Dominica, Ecuador, Antigua und Bermuda sowie Haiti bei. In der Phase der „ideologischen Konsolidierung“ (ab 2010) wurden aber auch die Beziehungen zu anderen Nichtmitgliedsstaaten ausgebaut.

Nachdem die negativen Auswirkungen der neoliberalen Politik immer deutlicher erkennbar wurden und in der Folge progressive Führungspersonlichkeiten (Chavez, Morales, Ortega, Lula, Vasquez, Mujica, Correa, Kirchner) die geostrategische Landkarte veränderten, sollte ein neuer politischer Konsensus zur Beseitigung von wirtschaftlicher Abhängigkeit, Armut und sozialer Ausgrenzung geschaffen und die Einmischung hegemonialer Mächte zurückgedrängt werden. Im Abwehrkampf gegen das geplante kontinentale

Freihandelsabkommen ALCA unter der Führung der USA entwickelten die sozialen Bewegungen ein komplementäres Gegenmodell

- für eine neue multipolare politische Weltordnung
- zur Förderung der partizipativen Demokratie zur regionalen Integration ohne USA und Kanada und
- zum Nutzen des venezolanischen Erdöls als Basis neuer nicht marktwirtschaftlicher Beziehungen in Lateinamerika.

Vertragliche Grundlage des ALBA-Staatenbündnisses sind fünf Grundprinzipien:

Solidarität: Die Verpflichtung zu gegenseitiger Unterstützung und gemeinsamen Anstrengung für eine nachhaltige und ganzheitliche Entwicklung des Menschen und die Befriedigung von Bedürfnissen im Rahmen der Möglichkeiten und im Einklang mit einer gemeinsamen Verantwortung

Komplementarität: Die Verpflichtung gemeinsame Projekte zu identifizieren und zu entwickeln, die Integration oder Synergien von Kapazitäten fördern

Kooperation: Beziehungen jeder Art vertiefen und strategische Allianzen entwickeln mit dem Ziel des gegenseitigen Vorteils

Gegenseitigkeit: Beziehungen die auf einem gerechten Ausgleich beruhen, unter Berücksichtigung der Asymmetrien zwischen den Parteien und den Grundsätzen von Fairness und gutem Glauben

Nachhaltigkeit: Verpflichtung zu Kooperationsprojekten und -programmen, um eine nachhaltige Entwicklung in wirtschaftlichen, sozialen und Umweltaspekten zu erreichen.

Auf der Basis dieser Prinzipien wurden bis zum heutigen Tage jede Menge Institutionen, Unternehmen und Projekte auf nationaler und supranationaler Ebene in allen gesellschaftlichen Bereichen geschaffen: im Kultur-, Bildungs-, Energie-, Umwelt-, Finanz-, Industrie- und Handelssektor sowie im sozialen Bereich.

Bekanntere Unternehmungen in diesem Rahmen sind die ALBA-Bank, ALBA-Häuser für Veranstaltungen, ALBA-Buchhandlungen und –Shops, Petroamerica, Telesur & Radiosur oder die Sozialprogramme im Gesundheitswesen (z.B. Operacion Milagro) und im Ernährungs- bzw. Wohnungsbereich (z.B. in Nicaragua Hambre Zero und Plan Techo)

Das ALBA Staatenbündnis verfügt über vielfältige Arbeits- und Entscheidungsstrukturen, darunter insbesondere

- Rat der Präsidenten und Regierungschefs (die „politische Orientierung“)
- Ministerräte für soziale, politische und wirtschaftliche Angelegenheiten
- Frauenrat und Rat der sozialen Bewegungen (Exekutive)
- Politische Kommissionen
- Permanente Koordination
- Zehn Arbeitsgruppen für Energie, Ernährungssouveränität, Handelskomplementarität, technologische Unabhängigkeit, komplementäre industrielle und produktive Entwicklung, regionale Finanzarchitektur, Tourismus, Infrastruktur und Transport, industrielle Streitschlichtung (Operative Tätigkeiten)
- Permanente Koordination (Kordinator, Exekutivsekretariat, 4 Arbeitsteams für Kontrolle, Statistik/Daten, Kommunikation, Unterstützung)
- Komitee zum Umwelt- und Naturschutz
- Permanentes Verteidigungskomitee (Verteidigungsminister)

ALBA in Nicaragua: eine warme Dusche für sandinistische Unternehmer

Seit 2007 werden alle wesentlichen Wirtschafts- und Sozialprogramme Nicaraguas über die ALBA-Kooperation abgewickelt. Hierfür wurde ALBANISA mit einer Beteiligung von 51 Prozent durch die venezolanische Erdölgesellschaft PDVSA und 49 Prozent durch die nicaraguanische Petronic gegründet. ALBANISA vermarktet Erdöl aus Venezuela, indem es das Erdöl an nicaraguanische Raffinerien zum vollen Preis verkauft, aber nur die Hälfte direkt an Venezuela bezahlt, den Rest als langfristigen Kredit einbehält.

Diesen Kredit verwendet die Entwicklungsbank CARUNA für soziale Projekte und für Darlehen an private und halbstaatliche Firmen mit monopolartiger Handelsposition. Aus einer 2016 veröffentlichten Liste geht hervor, dass hiermit ein „Gemischtwarenladen“ von 66 neuen

Unternehmen gegründet und finanziert wurde. Von Telekommunikation, Transport über diverse (Agrar-)Produktionsbetriebe, Vertriebsgesellschaften bis hin zu Finanzdienstleistungen ist alles vertreten.

ALBANISA ist Quasi-Monopolist, es importiert 93 Prozent aller Treibstoffe, baut Ölverteilerstationen, Raffinerien, Elektrizitätswerke und den Hafen von Bilwi, betreibt 1100 Fahrzeuge und plant viele nicht vollendete Großprojekte. ALBANISA ist exklusiver Exporteur von Zucker, Fleisch, Bohnen, Öl, Milch und Vieh.

Um die Umsetzung gab es in Nicaragua einen heftigen Streit. Erst einmal brachte das ALBA-Programm für verschiedene Akteure Vorteile: 1. Die Bevölkerung wurde durch die staatlichen Sozialprogramme begünstigt. 2. Für die Regierung ist es eine zusätzliche Geldquelle, die ihr einen Konflikt um eine Umverteilung ersparte, am Parlament vorbei ging und deren Verteilung durch Privatunternehmen klientelistisch gesteuert wurde. 3. In der Aufforderung „alle möglichen Geschäftsideen auskundschaften um die Petrodollars auszugeben!“, ergaben sich für eine neue FSLN-Wirtschaftselite viele schöne Posten im Umkreis von ALBANISA und Macht durch entstehende Beziehungsnetze. 4. Für traditionelle Wirtschaftseliten bedeutete der Markt Venezuela zusätzliche Gewinne beim Export.

Der für soziale Projekte zur Verfügung stehende Betrag war sehr hoch: 2011 waren es 40 Prozent der Steuereinnahmen des Landes. Seit sich ab 2017 die wirtschaftlichen Verhältnisse in Venezuela änderten, ist auch der Sozialstaat Nicaragua am Ende. Und ein Kredit von etwa zwei Milliarden \$ muss jetzt zurückgezahlt werden. Der Schuldendienst wuchs von 73 Millionen \$ (2012) auf 206 Millionen \$ (2016) und die Verschuldung steigt weiter. Die Frage bleibt, wer die Schulden zahlen wird. 3,5 Milliarden \$ wurden in zehn Jahren über die private CARUNA abgewickelt (1 Mio \$ am Tag). Warum ging das Programm am Parlament vorbei? Sollte verborgen bleiben, wie einige reich werden, und wie das Geld verteilt wird?

Angesichts des Verfalls der Ölpreise und der Wirtschaftskrise hat Venezuelas Präsident Maduro die Rückerstattung der Schulden gefordert: alle Aktiva und Passiva von Caruna sollen an ALBANISA übertragen werden, damit würden die Schulden zu Staatsschulden Nicaraguas und die gebildeten Vermögen (Fernsekanäle, Radiostationen, Hotels, Tankstellennetze, Rinderfarmen, Baufirmen, Banken, Autowerkstätten, Lebensmittelexporte) würden von Venezuela

mitkontrolliert. Dies hatte Ortega immer ausgeschlossen. Anstatt die Mittel – so die Kritik – über den parlamentarisch kontrollierten Staatshaushalt zu nutzen, um die Situation Nicaraguas durch Straßen- und Hafenausbau oder Aufforstung und anderes zu verbessern, wurden die Rechtsstaatlichkeit verletzt und private Bereicherung für einen parteilichen Klientelismus ermöglicht.

ALBA: Am Ende?

Die Wirtschaftsbilanz nach zehn Jahren ALBA ist beachtlich. ALBA wurde der zweitgrößte Wirtschaftsblock Lateinamerikas mit einem Marktpotenzial von 76 Millionen Menschen, einem Bruttoinlandsprodukt von 683 Milliarden US \$ und einem Binnenhandel von 6,5 Milliarden US \$. In Petrocaribe kooperieren 14 Länder. Der Sucre als virtuelle Währung innerhalb einer neuen Finanzarchitektur bildete mit Operationen von 1.065 Milliarden US \$ (2012) die Grundlage zur Schaffung einer Wirtschaftszone.

Die Entwicklungsbank ALBA finanziert Süd-Süd-Projekte von „Grannationalen Unternehmen“ in öffentlichem/gemischtem Eigentum in den Bereichen Gesundheit, Erziehung, Telekommunikation, Kultur, Wissenschaft, Technologie, Gerechter Handel, Bergbau, Transport und Ernährung. Die Regulation ausländischer Investitionen wurde vorangetrieben. Die Armutsbekämpfung wurde mithilfe Süd-Süd-Kooperationen und solidarischem Austausch, Kompensationsfonds und Fonds zur Wirtschaftskooperation. Auf dem siebten Gipfel in Bolivien (2009) wurden Prinzipien des solidarischen Handels und Abkommen zur Ernährungssicherheit und -souveränität verabschiedet.

Außerdem wurden soziale Entwicklungsprogramme auf den Gebieten von Gesundheit, Erziehung, Kultur und Armutsbekämpfung aufgelegt. Elf Millionen Menschen konnten in fünf Jahren der Armut entkommen. Beispiele sind die durch Venezuela finanzierten und durch Kuba technisch ausgeführten Misiones sociales (barrio adentro, mision milagros) und die Aus- und Fortbildungsprogramme für Schlüsselqualifikationen.

Einige positive Ergebnisse zum Beispiel:

- Abschaffung des Analphabetismus in Kuba, Venezuela, Bolivien und Nicaragua; Steigerung der Alphabetisierungsquote von 84 Prozent (2000) auf 98 Prozent (2012) durch Alphabetisierung von 3,5 Millionen Menschen

- Steigerung der Primarschulquote auf 94 Prozent • Senkung der Kindersterblichkeit um 21 Prozent
- Zugang zu Wasser für 89 Prozent, zu Internet für 42 Prozent der Menschen
- Behandlung von 2,2 Millionen Menschen in der Mission Milagros.

Strukturell hat ALBA jedoch große Defizite. Es ist nicht nachhaltig, basiert auf dem Extraktivismus und der Abhängigkeit von Venezuela. Es gibt keine parlamentarische Kontrolle. Die Finanzströme sind nicht transparent, Daten über die Verwendung der Mittel liegen nicht vor. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis bleibt unklar. Die Verteilung der Mittel erfolgt über parteiliche Begünstigungs- und Beziehungsnetze. Die Institutionen des ALBA (z.B. der sogenannte Sozialrat) sind nur schwach entwickelt und wenig partizipativ. Soziale Bewegungen innerhalb des ALBA sind nicht in der Lage, eigene Themen zu besetzen und eine Integration von unten voranzutreiben.

Konzeptionell fehlt eine gemeinsame Vision von Entwicklung, Abhängigkeiten bleiben weiter bestehen. Beispielsweise ist kubanisches Medizinpersonal nicht durch Stipendiaten aus den ALBA-Ländern ersetzbar. So ist es auch nicht gelungen, mit den Petrodollars eine diversifizierte Industrie und Landwirtschaft für den Binnenmarkt in Venezuela aufzubauen. Mit den weiterhin niedrigen Erdölpreisen ist das ALBA-System in eine fundamentale Krise geraten, da es nur schwach ausgebildete Industrien und Systeme zur Eigenversorgung gibt.

Aus: **Movida** 2017, Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Informationsbüros Nicaragua, Wuppertal